



NACH DEM BVG-URTEIL: DIE ERBSCHAFTSTEUER MUSS ERHÖHT WERDEN

Erbfall für alle

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts geht die Sorge um: Nimmt der Staat jetzt den armen Erben das kleine Häuschen von Oma weg? Und ist es nicht ohnehin unfair, Erbschaften zu besteuern, obwohl doch das Geld zu Lebzeiten schon einmal versteuert wurde? In voraussetzendem Gehorsam verspricht das Finanzministerium sofort, die vom Gericht erzwungene Reform des Steuerrechts keinesfalls für Erhöhungen zu nutzen. Diese populistische Haltung schützt aber nicht nur Omias Erben. Sondern auch die Oetkers, Flicks und Quandts, die Milliardensummen vererben.

Für höhere Erbschaftsteuern gibt es viele gute Gründe. Erben ist ungerecht – während es beim Einkommen zumindest theoretisch einen Zusammenhang zwischen Leistung und Gehalt gibt, sind reiche Vorfahren einfach nur Glück. Erben zementiert die wachsende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, denn ein großer Teil des vererbten Geldes geht an relativ wenige Empfänger. Erbschaften und die finanziell gleichgestellten Einkommen sind leistungslose Einkommen – und so müssten sie auch besteuert werden. Dass auf ein

5-Millionen-Erbe von Eltern oder Großeltern nicht mal 19 Prozent Steuern bezahlt werden, während auf reguläre Einkünfte in dieser Größenordnung der Spitzensteuersatz von 45 Prozent fällig wäre, ist schwer verständlich.

Um einfache Immobilien und ein kleines Finanzpolster geht es bei der Forderung nach gerechten Erbschaftsteuern nicht. Freibeträge sind in gewissem Maß sinnvoll – wobei die Staffeln nach Verwandtschaftsgrad angesichts neuer Formen des Zusammenlebens zunehmend fragwürdig erscheint. Doch bei millionen- bis milliarden schweren Erbschaften sind höhere Steuern notwendig und gerecht.

Eins sollte in der Debatte nicht vergessen werden: Wenn ein Teil des Erbes in staatlichen Kassen landet, ist es damit ja nicht verschwunden. Ganz im Gegenteil: Wenn von den zusätzlichen Steuereinnahmen bessere Schulen, Universitäten und Schwimmbäder finanziert werden, wäre endlich sichergestellt, dass vom Erben nicht nur die Nachkommen der Reichen profitieren. Sondern die ganze nächste Generation. MALTE KREUTZFELD

JEDES BUNDESLAND SOLLTE SELBST ÜBER EIN RAUCHVERBOT ENTSCHEIDEN

Lob des föderalen Flickenteppichs

Die Debatte über ein Rauchverbot hat ein erbarungswürdiges Stadium erreicht: Beamte der Länder schleppen sich von Arbeitsgruppe zu Arbeitsgruppe, ein EU-Kommissar schreibt drohende Papiere, die Krebshilfe mahnt. Und die FDP befindet, die Bürger müssten in Freiheit selbst entscheiden dürfen, ob sie ins Raucher- oder Nichtraucherrestaurant wollen. Niedlich: Bei Kellnern und Barkeepern dreht es sich dabei um die freie Entscheidung zwischen Lungenkrebsrisiko und Arbeitslosigkeit.

Es gibt vier Möglichkeiten, wie es zu Rauchverboten in der Gastronomie kommen kann. Möglichkeit eins: Der SPD-Politiker Lothar Binding peitscht sein Nichtrauchergesetz doch noch durch den Bundestag, indem er von Union bis Linkspartei eine Mehrheit sammelt. Doch bevor das passiert, raucht Fraktionschef Struck seinen Hinterbänker in der Pfeife. Zwei: Die EU erlässt Rauchverbote – aber bis dahin kann es Jahre dauern. Drei: 16 Bundesländer mit völlig unterschiedlichen Vorstellungen einigen sich auf wundersame Weise. Möglichkeit vier: Es bleibt beim föderalen Flickenteppich.

Die letzte Möglichkeit bietet die einzig realistische Chance dafür, dass endlich etwas passiert. Denn vom Getöse um Rauchverbote auf Bundesebene aufgeschreckt, erweisen sich die Länder als erstaunlich reaktionsschnell: Schleswig-Holstein hatte nach dem Scheitern des Koalitionskompromisses auf Bundesebene in 24 Stunden einen ersten Gesetzentwurf fertig. Mecklenburg-Vorpommern erfindet sich gerade neu als qualmfreies Gesundheitsland, und auch Bayern hat längst Eckpunkte fertig. Das Saarland ist ganz gegen ein Verbot – eine falsche Position, aber wenigstens bedurfte es keiner Arbeitsgruppe, um sie zu finden.

Warum keine länderspezifischen Regelungen? Die Verbraucher wissen ja auch, in welchem Schwimmbad die Duschen kalt sind und in welcher Region es Kartoffelklöße gibt und wo Spätzle. Sie werden feststellen, ob ihre Landespolitiker sie wirksam vor Quälmschützen oder nicht. Politische Verantwortung lässt sich so zuordnen. Genau das war doch das Ziel der Föderalismusreform. GEORG LÖWISCH

ORHAN PAMUK HAT GRUND, SICH IN DER TÜRKEI NICHT SICHER ZU FÜHLEN

Jugoslawien als Menetekel

Ein armenischer Aktivist wird in Istanbul ermordet. Ein Nobelpreisträger muss aus Angst vor einem möglichen Attentat ins Ausland fliehen. Journalisten und Akademiker werden unter Personenschutz gestellt. Was ist der Auslöser der rechtsextremen Gewalttätigkeit in der Türkei?

Was auf den ersten Blick mit der armenischen Frage zusammenzuhängen scheint, hat seine tiefere Ursache in dem ungelösten Kurdenproblem und den neuesten Entwicklungen im Nahen Osten. „Die USA gründen einen Kurdenstaat im Nordirak, die EU unterstützt das, Ostanatolien soll abgetrennt werden“ – das ist für viele Türken keine Theorie mehr, sondern Gewissheit. Die armenischen Nationalisten mit ihren maximalen Forderungen nach einem Landkorridor für Armenien bis zum Schwarzen Meer als Entschädigung für den „Völkermord“ gießen Öl aufs Feuer. Nicht nur türkische, sondern auch kurdische, armenische, griechische Nationalisten feiern derzeit fröhliche Urständ. Die Angst vor jugoslawischen Zuständen scheint berechtigt.

Die türkischen Intellektuellen und Reformer hatten eine andere Vision: die einer modernen, aufgeklärten, multikulturellen, aber ungeteilten Türkei, die mit Würde der EU beiträgt – eine zivile und zivilisierte Türkei. Jetzt, wo dieser Traum, auch dank der vielen Türkeigeegner in der EU, in einiger Ferne gerückt ist, bleibt man unter sich. Mit einer Regierung und einem Polizeiparappete, der Hrnt Dink trotz 17 eingegangener Hinweise nicht vor einem Attentat schützen konnte.

Der Frust ist mächtig gewachsen. Man braucht kein Hellsäher zu sein, um vorauszusagen, dass das Ganze wieder einmal in einem Ausnahmezustand enden wird. Das Gegenmittel: ein gewaltfreies Engagement für eine ungeteilte Türkei mit einem demokratisierten, laizistischen Regime, in dem jeder nach seiner Fassung selig werden kann. Diese Vision ist ohne Alternative und hat Millionen starrer Anhänger. Alle, die nicht für gewaltsame Trennung, sondern für friedliche Koexistenz sind, müssen jetzt der Gewalt abschwören. Denn ein Nationalismus kommt selten allein. DILEK ZAPTCIOGLU

Fahrlässig und ignorant

Exkanzler Schröder hat Deutschland in eine groteske energiepolitische Abhängigkeit gebracht. Damit hat er nicht nur der Wirtschaft geschadet, sondern auch der Demokratie

In Deutschland werden derzeit zu Recht die deutsch-russischen Beziehungen diskutiert. Vor allem geht es um die Frage: Wie steht es um die Energiesicherheit in Deutschland und Europa? Klar ist nur, dass der Verbraucher die Zeche zahlen muss für die Eskapaden der deutschen Energiekonzerne und Banken, die sich an Russland binden.

Politiker und Unternehmer rechtfertigen auf unterschiedliche Weise die deutsche Entscheidung für die Zusammenarbeit mit Russland – und gegen Europa. Zum einen erinnern sie an die tragische Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen: eine moralische Rechtfertigung dafür, dass man sich den Bedürfnissen Moskaus beugt, so lange dies der deutschen Industrie nützt. Zum anderen wird die Partnerschaft damit gerechtfertigt, dass man Russland doch nicht mit Nigeria vergleichen könne. Wer über Menschenrechte sprechen wolle, solle zunächst einmal die Situation in den russischen Ländern analysieren, die doch viel schlechter dran seien als Russland. Da sind sich Deutschlands Apologeten des russischen Energie-Imperialismus einig, von Exkanzler Gerhard Schröder bis Klaus Mangold, dem Vorsitzenden des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft.

Die deutsche Industrie finanziert die Hybris der Russen in der Energie-Außenpolitik und macht ihr die Ablehnung der Energie-Charta leicht, indem sie für Kapital und für den Anstrich der Rechtmäßigkeit sorgt.

Rückschrittlichkeit der russischen Führung zeigt, wie weit er mit den neuen russischen Energiebaronen verhandelt war.

Es ist kein Geheimnis, dass die Europäer im Lauf der Zeit immer abhängiger von den russischen Energielieferanten werden. Als neue Nabelschnur, die Deutschland mit Mütterchen Russland verbinden soll, wird die unwirtschaftliche Ostsee-Pipeline eingerichtet. Die Kosten für dieses Projekt werden in etwa dreimal so hoch sein wie für eine neue Pipeline über Land, die entlang bestehender Wege gebaut würde. Zudem wird die Ostsee-Pipeline zu einem Risiko für das fragile Ökosystem des Meeres – und das nur, damit Russland Transitgebühren sparen kann?

Wenn die Pipeline schließlich die Energieexporte direkt nach Deutschland liefert, kann Russland der Ukraine, Polen und den baltischen Staaten das Gas abdrehen, ohne dass die Lieferungen nach Europa davon unmittelbar betroffen wären – und wenn man das Verhalten Russlands in jüngster Zeit betrachtet, spricht nichts dafür, dass dies keine echte Gefahr ist. In erster Linie dienen Pipelines den Interessen des Lieferanten, besonders, wenn sie mit langfristigen Verträgen verknüpft sind.

Russland lockt die europäischen Unternehmen mit der Verpfändung von Upstream-Assets (etwa Bohrertürmen). Aber was sind solche Verpfändungen nach Jukos und nach Sachalin wirklich wert? Die russische Administra-

litiker hätte die Jukos-Affäre nie zu einem solchen Entengescendo werden können. Als Jukos sich zu einer Affäre entwickelte, war die wichtigste Sorge dieser Leute, wie Deutschland und seine Banken von dem Diebstahl durch den Staat profitieren könnte. Diese Abkehr von der Moral war nicht nur gefährlich für Russland, sondern auch für

Die Behörden haben keine Hemmungen, auch bedeutende ausländische Investoren zur Seite zu schieben

die Festigkeit der Prinzipien der Demokratie in Deutschland.

Sicherlich sind sich die Deutschen bewusst, dass Schröders Unterstützung eines Regimes, das die Presse unterdrückt, NGOs attackiert, in Schauprozessen Grundbesitz enteignet und auf ethnische Minderheiten schießt, schlicht unvereinbar ist mit deutschen Idealen und dem europäischen Gedanken.

Dabei sollte das Energie-Rezept für Deutschland ebenso wie für Europa sich ausschließlich am Risikomanagement orientieren: durch Diversifizierung von Versorgungsquellen, massive Investitionen in LNG (Flüssigerdgas) und einen starken Vorstoß zur Unterstützung der Nabucco-Pipeline von der Türkei bis Österreich und Verbindungen zwischen dem Mittelmeer-Anrainerstaaten. Solche Entwicklungen bringen Europa auf dem Weg eines vernünftigen Energiemarktes nach vor.

Unabhängbare Voraussetzung für Energiesicherheit ist eine feste Antikorruptionshaltung. Die russische Gazprom kann so lange kein Partner für Europa sein, wie sie nicht in ihre eigene Infrastruktur investiert, wie sie die Deportation von Menschen arrangiert, die als verantwortungsbewussten Lobbyisten für Corporate Governance eintreten, wie sie 14 Milliarden Dollar in nicht zum Kerngeschäft gehörende Aktiva (etwa Medien) investiert – und solange, wie sie unter Leitung des russischen Präsidialamts steht.

Im Jahre 2006 beurteilte die Weltbank 208 Länder im Hinblick auf politische Stabilität, demokratisches Mitspracherecht und Verantwortlichkeit, Effektivität der Regierung, Qualität der Aufsichtsbehörden, Rechtsstaatlichkeit und Kontrolle über Korruption. Russland steht dort an 151. Stelle und spielt damit in derselben Liga wie Swaziland und Sambia. Das allein sollte uns für die Partnerschaft zwischen Deutschland und Russland zu Denken geben.

In erster Linie dienen Pipelines den Interessen des Lieferanten, besonders bei langfristigen Verträgen

tion hat sich, mit aktiver Unterstützung der Staatsanwaltschaft, der Steuer- und Aufsichtsbehörden sowie der Gerichte einen Ruf als Rechtsbeuger und Schikaneur ausländischer Investoren geschaffen. Die Behörden haben keine Hemmungen, auch noch so bedeutende ausländische Investoren zur Seite zu schieben. Dabei sind die ausländischen Investoren nicht die ersten Opfer. Die Zentralisierung der Macht in Moskau in den vergangenen Jahren hat eine drastische Abkehr von der Verpflichtung zu einer Marktwirtschaft des freien Wettbewerbs, zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit sich gebracht.

Abgesehen von der Missachtung grundlegender Eigentumsrechte und anderer Rechtsansprüche, ist die mangelnde Bereitschaft Russlands gegenüber einer Öffnung seines Marktes nicht nur prinzipiell unlauter, sie garantiert gleichzeitig Unsicherheit bei der Energieversorgung. Die Wahrheit ist, dass die russische Führung ganz eindeutig im eigenen Land die Untastbarkeit von Eigentum nicht respektiert. Andererseits wirft sie ein begehliches Auge auf die Midstream- und Downstream-Assets (wie Raffinerien) in Europa.

Korruption und Fahrlässigkeit der staatlichen russischen Energieunternehmen sind gut dokumentiert – von der Internationalen Energieagentur und der Weltbank. In Deutschland jedoch wird diese Wahrheit offenbar bewusst übersehen. Kann man das vielleicht mit den enormen wirtschaftlichen Interessen erklären, die Deutschlands größte Banken daran haben, den Krell bei seinen illegalen, aber weit entfernten Enteignungen zu unterstützen?

Ohne das Schweigen oder gar die aktive Unterstützung der Elite der deutschen Banker und Po-

Schröder hat den allmählichen Abbau der politischen Rechte in Russland beharrlich ignoriert

es durch seinen Schulterschluss mit Deutschland erlangt hat.

In den vergangenen fünf Jahren hat Schröder den allmählichen Abbau der politischen Rechte in Russland beharrlich ignoriert. Das verwundert, wenn man bedenkt, dass er zu Beginn seiner Amtszeit Besorgnis angesichts der Situation der Menschenrechte in Russland, vor allem in Tschetschenien, geäußert hat. Obwohl der Machtmissbrauch in Moskau ständig zunahm, hat Schröder später sämtliche Versuche blockiert, von Westen aus Druck auf das Regime auszuüben. Während Russland sich immer weiter zurückentwickelte, richtete Schröder sein Augenmerk auf engere wirtschaftliche und politische Bindungen für Deutschland. Schröders Schweigen angesichts der

ROBERT R. AMSTERDAM Übersetzung: Beate Steib/DAH



Robert R. Amsterdam ist Mitinhaber der international operierenden Anwaltskanzlei Amsterdam & Peroff (www.robertamsterdam.com). Er vertritt viele prominente Klienten, u. a. den Exvorstand des Jukos-Konzerns, Michail Chodorowski. Dieser Beitrag drückt seine persönliche Meinung aus.